



Israelischer Oberster Gerichtshof ordnet Wehrpflicht für ultraorthodoxe Juden an

-
- [01.07.2024](#)

Bald werden 3000 junge ultraorthodoxe Männer zum ersten Mal in der Geschichte Israels einen Einberufungsbefehl in ihren Briefkästen finden. Dies ist das Ergebnis eines einstimmigen Urteils des Obersten Gerichtshofs Israels vom Dienstag, das besagt, dass es keinen rechtlichen Rahmen mehr für ihre Befreiung vom Militärdienst gibt.

Umstrittenes Thema: Dies ist seit langem ein Thema für religiöse und säkulare Juden, die das Gefühl haben, dass sie die Differenz für die ultraorthodoxe Gemeinschaft, die 13 Prozent der Bevölkerung ausmacht, ausgleichen müssen. Ultra-orthodoxe Juden betrachten sich selbst als von der israelischen Gesellschaft getrennt und glauben, dass ihre Priorität im Leben das Studium der Tora ist.

„Auf dem Höhepunkt eines schwierigen Krieges ist die Last der Ungleichheit akuter denn je“, heißt es in der Entscheidung des Obersten Gerichtshofs.

Achim L'Neshek, ein Mitglied der Waffenbrüder, sagte: „Vor dem Gesetz sind wir alle gleich, und wir dienen alle.“

Proteste: Hunderte von ultraorthodoxen Männern blockierten am Donnerstag eine Hauptverkehrsstraße, um gegen die Entscheidung des Gerichts zu protestieren. Ein junger Mann sagte: „Die gesamte orthodoxe Öffentlichkeit zieht es vor, ins Gefängnis zu gehen und nicht in die Armee“. Ein weiterer großer Protest ist für Sonntag geplant.

↳ The ultra-Orthodox Jews are currently blocking Highway 4 in the Bar Ilan area in protest against the conscription law. pic.twitter.com/9P1PP4DcMd

— War Watch (@WarWatches) [March 3, 2024](#)

Interessantes Timing: Die Entscheidung, ultraorthodoxe Juden zum Militärdienst zu zwingen, hätte schon vor langer Zeit getroffen werden können, da Israel in mindestens sieben Kriege und Konflikte verwickelt war, seit es 1948 eine Nation wurde. Aber so war es nicht. Warum also jetzt?

Die Likud-Partei reagierte auf die Entscheidung mit den Worten:

Es ist rätselhaft, dass der Oberste Gerichtshof, der 76 Jahre lang davon absah, die Einberufung von Jeschiwa-Studenten durch ein Urteil zu erzwingen, dies jetzt tut, am Vorabend der Verabschiedung des historischen Wehrpflichtgesetzes und zu einem Zeitpunkt, an dem die Zahl der ultra-orthodoxen Einberufungen so hoch wie nie zuvor ist.

Das Gesetz wurde vom Verteidigungsestablishment formuliert, als Benny Gantz Verteidigungsminister war, und passierte die erste Lesung mit der Unterstützung von Naftali Bennett, Yair Lapid und Avigdor Lieberman. Jetzt sind Bennett, Lapid, Lieberman und Gantz plötzlich gegen das Gesetz, weil es ihnen nicht um die Rekrutierung von Ultra-Orthodoxen geht, sondern um den Sturz der Regierung.

Kurz vor dem Umsturz? Die Mehrheit von Netanjahus Koalition besteht aus zwei ultra-orthodoxen Parteien, und sie könnten leicht aussteigen. Aber bisher haben sie die Absicht zu bleiben. Ungenannte Quellen aus der Partei sagten: „Es ging nie um Geld. Wir können mit 3000 Rekruten leben, die nicht studieren.“

Die Hauptsorge, die sich aus dem Urteil vom Dienstag ergibt, ist, dass Netanjahu zusätzlich zu seinen Feinden im Ausland auch im Inland auf Widerstand stößt. Seine Koalition stützt sich auf zwei ultra-orthodoxe Parteien – das könnte einen Keil zwischen seine Anhänger treiben.

Mächtige Kräfte wollen Netanjahu loswerden. Er musste sich gegen radikale Bestrebungen zur Umgestaltung des Nahen Ostens und zur Stärkung des Irans wehren. Diese Entscheidung könnte Teil eines viel umfassenderen Vorstoßes sein, ihn zu stürzen.

Erfahren Sie mehr: Lesen Sie unseren Artikel „Wer steckt hinter dem Krieg gegen Netanjahu“.
